

die Arbeiterklasse regiert werden kann und deshalb mit der Sozialdemokratie regiert werden muß. Im neuen Staat, den wir mitgestalten haben, müssen wir bereit sein, an der Verantwortung teilzunehmen. Wer uns davon ausschließen will, dem gilt unser Kampf."

Man konnte schon seit längerer Zeit beobachten, daß die anfängliche Unentschiedenheit, die innerhalb der SPD nach der Reichspräsidentenwahl Hindenburgs und besonders nach der Bildung des Bürgerblocks geherrscht hat, einem schroffen Kurs auf Unterstützung des Bürgerblocks gewichen ist. War es noch im vergangenen Jahre möglich, die SPD-Führer zu zwingen, den Volksentscheid mitzumachen, so versetzte sich in diesem Jahre der Widerstand des Parteivorstandes derart, daß selbst der gemeinsame Kampf gegen den Stahlhelm abgelehnt wurde. Die Wels und Müller wiederholten die Politik, die sie während der Cunoregierung getrieben haben. Wie sie damals viele Politik bedingungslos unterstützten und jede Opposition innerhalb der SPD niedertrümpelten, so verhalten sie es jetzt nicht anders.

Es gehört zu dieser Taktik, wenn der Parteivorstand einen Vorschlag über eine „konsequente Opposition“ schreiben läßt. Vorschlag bedeutet zweifellos auch die Unzufriedenheit der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter wider. Sein Maßstab ist aber nur als Randvermerk gedacht. Der Parteivorstand braucht diese Versicherung seiner Politik nicht nur deswegen, um die sozialdemokratische Unterstützung des Bürgerblocks und die preukische Koalition zu sichern, sondern auch dazu, um die „Linken“ auf die Plattform von Loebe zu locken, die gesamte Opposition dadurch zu erledigen und so die Arbeiter, die die Opposition folgen, an die Sozialdemokratische Partei zu fesseln.

Daß dem so ist, beweist die Aufnahme des Loebe-Artikels durch die „Linken“. Gerade in der Mittwochnummer der Chemnitzer Volksstimme ist ein klammernder Begrüßungsartikel für Loebe erschienen. Der Verfasser, Karl Böchel, lobt den Artikel des Reichstagespräsidenten als die Oppositionsankündigung. Schon diese Stellungnahme müßte bedenklich stimmen. Was aber weiter folgt, zeigt die ganze Hohlheit der „Linken“ Opposition. Was soll man sagen, wenn Böchel als die Aufgabe der Opposition folgendes bezeichnet:

„Wir müssen in der Stellung unserer Aufgaben zurück bis zu dem Punkt, wo wir vor Jahren seinen Kilometer zurückgewandert sind: Demokratisierung der Armee, Demokratisierung des Staatsapparates, Demokratisierung der Richter. Das ist vorläufig die eiserne Formel (!), die an der Spitze unseres Machtwillens (!) steht.“

Ein solcher Machtwille, der sich diese Aufgabe stellt! In dessen wird jeder die Forderung nicht freiwillig erheben: „Denn: müßten wir in die Opposition, ob wir wollen oder nicht, denn der Gegner diktiert uns die Formen des Klassenkampfes.“

Nach all dem kann der Verlauf des Kieler Reichsparteitages im großen und ganzen vorhergesehen werden. Herr Loebe wird Oppositionsgeistern machen und die „Linken“ werden sich unter seine Fittiche retten. Den Standpunkt, den die SPD-Arbeiter einnehmen, ihre Forderungen nach einem schroffen Bruch mit der Koalitions- und Arbeitgemeinschaftspolitik, werden von diesen Führern nicht vertreten werden. Andererseits ist es lächerlich, wenn alle SPD-Führer glauben, auf diese Weise die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter erledigen oder gar beständigen zu können. Die politischen Tatsachen bleiben, und sie wirken gegen die offene und verkappte Politik der SPD. Es ist Aufgabe unserer Parteigenossen, die Anfänge, die in den letzten zwei Jahren gemacht wurden, fortzusetzen. Es gilt, konstant die SPD als Partei, und die Führer, die sich links drapieren, vor Entscheidungen zu stellen. Da wird es kein Entrinnen geben.

Soweit die SPD durch ihren Apparat als Partei repräsentiert wird, wird sie gegen die Revolution und für die Bourgeoisie handeln. Nur wo es gelingt, die Arbeiter gegen diese Politik zu gewinnen, wird der Widerstand zu brechen sein. Die deutsche Arbeiterklasse, die vorwärts marschieren will, kann sich nicht zufrieden geben mit der Stagnation der Sozialdemokratie. Sie muß die sozialdemokratischen Arbeiter von dem Einfluß dieser Partei befreien; sie muß sie für den Klassenkampf und für die kommunistische Partei gewinnen.

Daß diese Aufgabe nicht leicht ist, zeigen die Zahlen. Daß sie bewältigt werden kann, zeigt die Entwicklung der SPD seit dem Kriege.

Ein gerammtes SPD-Schiff

Die Wellen des Parteiwältereins der SPD schlagen zur Zeit unmittelbar vor dem Kieler Parteitag sehr hoch. Vergänglich verliert ein „Schiff“, sonst in ruhigeren Zeiten vorwärtsredakteur, durch salbungsvolle Worte und sonstige ölige und schmierige Redensarten diese Wellen zu bekämpfen. Die oppositionellen SPD-Wellen wollen sich aber nicht allzu lassen und freuen sich über jeden Unglücksfall der diesem SPD-Kahn zutrifft.

Die oppositionelle Chemnitzer Volksstimme gibt der Deffektivität von einem Briefwechsel des Herrn Schiff vom Vortag mit der Redaktion des Volksstaats, dem Organ der alten Sozialdemokratie Sachiens, Kenntnis. Der Volksstaat hatte seine Spalten für einen Artikel des Herrn Schiff, den dieser gegen die sächsische Sozialdemokratie schrieb, geöffnet, weil sie der Überzeugung war, daß dieser Artikel echten Volksstaat-Geist ausströme. Schiff verlangt nunmehr in seinem Briefe für diesen Artikel Honorar. Und zur Bemerkung der Volksstaat-Redaktion schreibt er: „Sie behaupten, mein Artikel sei „voll Volksstaat-Geist“. So wenig ich verhehle, daß ich für die Politik der Dreiundzwanziger, solange sie innerhalb der Partei war, ein weitgehendes Verständnis hatte, so sehr muß ich jede Gemeinsamkeit auch geistiger und tatsächlicher Art mit ihnen ablehnen, seitdem sie sich außerhalb der Partei gestellt haben.“

Die Volksstaat-Redaktion hat den ihr zugeworfenen Stein ausgehoben und ihn nicht schlecht zurückgeworfen, indem sie erklärte, Herr Schiff hätte die obige Äußerung doch besser unterlassen sollen: „Räumen Sie doch damit ein, daß es Ihnen weniger auf den sächsischen Gehalt und Wert einer Erscheinung, als auf der Sie Stellung nehmen, ankommt, als darauf, wie das Parteibild aussieht, das Sie vorzuweisen vermögen.“

Die Chemnitzer Volksstimme freut sich über diese Abfuhr des Herrn Schiff ganz unverbürgt. Auch ihr will scheinen, daß nicht der Volksstaat, sondern der Genosse Victor Schiff der Blamierte bei der Geschichte ist. Mit seiner Äußerung beweist Schiff nur, daß er auch heute noch für die Politik der Ritzsch, Feldt und Max Müller weitgehendes Verständnis hat und nur deshalb die Verbindungen mit ihnen unterbrochen hat, weil sie einen eigenen Laden aufgemacht haben.“

Man kann die Freude der Opposition innerhalb der SPD sehr gut verstehen, wenn man weiß, mit welchen gemeinen Mitteln der sozialdemokratische Parteivorstand versucht, die sächsischen sogenannten „Reusozialisten“ abzuwürgen. Sein Vorgehen in Halle war ein kleines Vorbild, dem Frankfurt und die sächsische Oppositionspressen folgen soll. Der sozialdemokratische Parteivorstand will die Opposition in der SPD mundtot machen, das beste Zeichen dafür, welchen Kurs die SPD auch in Zukunft steuern wird.

Keine Erledigung der Anhehlohnordnung

Deutschnationales Mandat um das Kinderzuschlagsgesetz. Von der Mehrheit des Reichstages wurde auch in der letzten Sitzung eine Beratung des kommunistischen Antrages um die Verringerung der Richtlinien über die Anhehlohnordnung der Staats- und Gemeindearbeiter im Sinne der Forderungen des Gemeindearbeiterverbandes abgelehnt.

Die bürgerlichen Parteien — einschließlich der alten Sozialdemokraten sowie auch der Vertreter der Regierung — er-

Das wahre Gesicht der Kulturreaktion

Bürgerblock verlangt Verbote von Theateraufführungen, wissenschaftlichen Vorträgen, Kunstausstellungen und jugendpflegerischen Darbietungen.

(KPD) Berlin, 18. Mai 1927.

Der Reichstag peilichte am Freitag, nachdem der Nationalsozialist Fritz über den „jüdisch-marxistischen Völkerverfall“ gewettert hat, das Lustbarkeitsgesetz durch. Bei Behandlung des § 1 zeigte sich das wahre Gesicht der kulturreaktionären Bürgerblöcke. Im Ausschuss hat die Regierung selbst erklärt, auch literarische Darbietungen, ernste Vorträge und andere Veranstaltungen, selbst in privaten Kreisen, fielen unter das Gesetz. Die Redner der Bürgerblöcke schworen das frech ab. Nur der Herr Trochmann fordert klar und eindeutig das Verbot von literarischen Darbietungen auf Grund des Lustbarkeitsgesetzes. Selbst berührte es, als der Demokrat Brod auf sich gegen das zweite Schand- und Schmutzgesetz wendete, trotzdem Herr Kütz der Reichsanwalt und die Demokratinnen Lüberz die Strekmutter dieses Gesetzes sind. Für die kommunistische Fraktion wies Genosse Rosenbaum nach, daß selbst die Berliner Polizei das Verbot für lächerlich halte. Der kommunistische Redner griff den Minister Kudeff scharf an und hielt dem Bürgerblock sein Spiegelbild vor:

„Es ist eine elende Heuschrecke des Bürgerblocks, solange vom Kampf gegen Schand und Schmutz zu sprechen, solange nicht jedes Kind sein eigenes Bett hat und solange nicht verhängt wird, daß Kinder das Piebesschicksal ihrer Eltern ansehen müssen!“

Für die Kritik an der deutschen Bourgeoisie erhält der kommunistische Redner vom Präsidenten Loebe zwei Ordnungsrufe.

Bei der Abstimmung ließ der Bürgerblock jede Maske fallen. Er lehnt gegen KPD, SPD und Demokraten ab politische, soziale und weltanschauliche Darstellungen auszunehmen, wie es der kommunistische Antrag fordert. Er stimmt gegen die Herabsetzung des Mindestalters der Jugendlichen auf 16 Jahre. Er fordert sogar, daß Theater- und Bildvorstellungen, künstlerische und wissenschaftliche Vorträge, Kunstausstellungen, Kunstschulen und Veranstaltungen an und von Kunstschulen sowie jugendpflegerische und volksbildnerische Darbietungen unter dieses Gesetz fallen.

Am Sonntagabend um 12 Uhr mittags will man im Reichstag die „Jugendblücker“ vorlegen.



Die greise Genossin Clara Zetkin, die an einer Malignantentzündung schwer erkrankt ist.

härten, daß jetzt endlich die schon lange versprochenen Richtlinien, nach denen man sich richten müßte, erlassen werden. Wenn diese Richtlinien nun endlich kommen, darüber vermochte niemand Auskunft zu geben.

Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, die Richtlinien aufzuheben, wurde ebenfalls nicht beraten.

Die kommunistischen Vertreter stellten den Antrag, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Richtlinien des Reiches den Forderungen der sächsischen Gemeindearbeiter entsprechen. Auch die Beratungen dieses Antrages wurden abgelehnt.

Damit zeigten die bürgerlichen Vertreter — einschließlich der KPD —, daß sie eine Verbesserung der vorliegenden Richtlinien nicht wollen.

Bei der Behandlung der Anträge über das Kinderzuschlagsgesetz zeigte sich, daß die Deutschnationalen gar nicht daran denken, das Kinderzuschlagsgesetz zu befechtigen; sie begnügen sich mit der Annahme eines Antrages, der praktisch sehr wenig Bedeutung haben wird. Die Zwangsbestimmung über die Bildung von Jugendgenossenschaften soll geändert werden, so daß freiwillige Genossenschaften gebildet werden können; wo dies jedoch nicht durchgeführt wird, bleibt die Zwangsbestimmung bestehen.

Der Antrag der Kommunisten auf Aufhebung des Gesetzes wurde abgelehnt; die Deutschnationalen zogen ihren Antrag zurück.

Zu einem Antrag, baldige ein Vorkommnisse entgegen vorzulegen, gab die Regierung die Erklärung ab, dem Landtag ein solches Gesetz baldigst zu stellen.

Rationalsozialistische Wurdheke

Der Völkische Beobachter bringt in seiner letzten Ausgabe die Reproduktion einer Photographie des Berliner Vizepolizeipräsidenten Dr. Bernhard Weis unter der in Fettdruck gedruckten Schlagzeile: „So heßt er aus.“ Darunter steht:

„Dr. Bernhard Weis, der jüdische Polizeivizepräsident von Berlin, Sohn des Vorstehers der Berliner Synagoge, Max Weis, sitzt im Kuratorium der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Heute befehligt dieser Jude über das Schlachthaus ganz Berlins und übt seine „Wissenschaft“ in der Besorgung des erwachenden Deutschtums, der rationalsozialistischen Bewegung.“

Der Kongreß der Werttätigen

Der am 21. und 22. Mai in Dresden zusammentritt, ist Sammlung aller Kräfte der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen soziales Elend, politische Unterdrückung und

gegen die drohende Kriegsgefahr.

Werttätige Sachleute! Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinrentner, Kleinrentner! Nehmt Stellung zum Kongreß der Werttätigen!

Wählt Delegierte!

Die Kommunisten für Gehaltserhöhung der unteren und mittleren Beamten.

(KPD) Berlin, 18. Mai 1927. Die kommunistische Fraktion hat heute im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Bis zum Inkrafttreten der in Aussicht gestellten Neuordnung der Besoldungsordnung wird mit Wirkung vom 1. Mai 1927 den Beamten der Besoldungsgruppe 1 bis 4 ein monatlicher Zuschlag von 40 M., der Besoldungsgruppe 5 ein monatlicher Zuschlag von 35 M., der Besoldungsgruppe 6 ein monatlicher Zuschlag von 25 M. und der Besoldungsgruppe 7 ein monatlicher Zuschlag von 20 M. gezahlt.“

Den Empfängern von Vorkriegsgehältern, den Hinterbliebenen, sowie den Kriegsveteranen und deren Hinterbliebenen sind die sich daraus ergebenden entsprechenden höheren Zuschläge zu zahlen.“

Die Korin- und Raub-Banden überfallen einen kommunistischen Abgeordneten.

Schläger im Reichstag.

Als am 15. Mai Genosse Pfeiffer den Reichstag betrat, wurde er in der Wandelhalle von sechs ultrarichtigen Abgeordneten unter der Führung von Schlagwerth überfallen. Schlagwerth stürzte sich auf den Genossen Pfeiffer, schlug ihn mit der Faust und würgte ihn am Hals. Dieser Anfall war von den Ultrarichten planmäßig organisiert. Eine Stunde lang hatten die Parteien am Eingang zum Plenum gewartet, bis Genosse Pfeiffer erschien. Bei dieser Aktion waren auch die Anhänger der Ruth-Hilfer-Gruppe beteiligt. Schloem rief, als Pfeiffer überfallen wurde: Pfeiffer sei vollkommen recht gefahren, man müsse ihm den Schädel einschlagen.

Als Ursache geben die Parteien an, daß sie von ein paar Profeten Christen bekommen und wegen des Mandatsverlustes zur Verantwortung gezogen worden seien.

Dieses Barachen der Mandatsräuber zeigt die Gesellen am allerbesten als konterrevolutionäres Gefindel. Erst nachdem die Partei die Mandate, jetzt überfallen sie die Abgeordneten der Partei. Die Empörung der Arbeiter über diese Leute wird durch ihren neuesten Streich nur noch gesteigert werden.

730 000 Mark für Luftschiffahrt

Bei der Beratung des Etatkapitels hat der Landtag mit Mehrheit eine Forderung nach 730 000 M. für Unterstützung der Luftschiffahrt abgelehnt. Die Mehrheit des Landtages vertritt den Standpunkt, daß die Gelder für die Luftschiffahrtsgesellschaft einem besseren Zweck zugeführt werden könnten. Für die sächsische Bürgerblockregierung bedeutet die Ablehnung der geforderten Summe eine Niederlage, die von dieser Regierung aber so eingestuft wurde wie manche andere Niederlage auch.

Die Regierung hat jetzt dem Landtag eine Gegenanleihe überreicht, in der die Regierung die damals geforderte Summe zur neuen Bewilligung verlangt. Die Regierung will die schon im Etat eingestellte Summe von 730 000 M. und darüber hinaus 270 000 M. Neueinkauf für einen weiteren Ausbau der Luftschiffahrt in späterer Zeit.

Die Regierung kann eine solche Vorlage nur einbringen, weil sie sich mit den Regierungsparteien verständigt hat. Aus der Front der KPD, der Arbeiter und Nationalsozialisten wird der Abstimmung wieder eine Gruppe oder aber die gesamte Gesellschaft umgefallen sein. Die KPD wird die Vorlage auf das schärfste bekämpfen. Die KPD verlangt, daß die Gelder für soziale Zwecke verwendet werden. Wir verlangen Kinderfürsorge, Schulstellen, Mütter- und Säuglingsfürsorge. Bezeichnend ist auch, daß die Regierung erst vor wenigen Tagen bei der Beratung über das Kinderzuschlagsgesetz und einst andere Anträge zur Unterstützung der Kleinrentner erklärte, dazu sei kein Geld da. Statt dessen soll die „Vorkriegsrente“ unterstützt werden.

Amerika und die Flottenabrüstung

Neunorf, 12. Mai (Tel.).

Die nach Londoner Meldungen erfolgte englisch-spanische Einigung über das Flottenabrüstungsprogramm wird von hohen amerikanischen Marineoffizieren völlig ablehnend beurteilt.

Vom Tage

Drei Leichen aus der Walde gehören.

Burgen. Aus dem Wald der Walde wurden hier drei Leichen gehoben. In der einen erkannte man einen kürzlich ertrunkenen Arbeiter. Bei der zweiten handelt es sich um einen seit Anfang Mai vermissten Leppidweder. Man nimmt an, daß er verabschiedet und in die Walde gemietet worden ist. Der dritte Leiche hatte eine Schlinge um den Hals, einen Anker im Munde und eine Schußwunde über dem linken Auge. In diesem Falle liegt zweifellos auch ein Verbrechen vor.

Schweres Schiffsunglück.

Neunorf. Wie die Morgenblätter aus Madras melden, ist infolge eines plötzlich auftretenden Sturmes in der Nähe von Guttia ein indisches Frachtschiff gesunken, wobei 50 Personen ums Leben gekommen sind.

In den Flammen umgekommen.

Lübeck. In Hohenleuchte am Rostocker See brach Donnerstag nachmittag in einem von zwei Familien bewohnten Haus Feuer aus, das infolge der Strohdachung schnell um sich griff. Ein 21-jähriges Mädchen kam in den Flammen um.

Der Mississippi-Deich bei Bayou de Stables gebrochen.

Neunorf. Der Deich bei Bayou de Stables ist, wie befürchtet werden mußte, eingestürzt und die Wassermengen des Mississippi hürten auf einer Strecke von etwa einem Kilometer in das Hinterland. Rund 10 000 Quadratmeilen Kulturland sind verloren. Die Räumung des gefährdeten Gebietes war seit einigen Tagen in großer Eile durchgeführt worden. Ob neue Menckensverluste zu verzeichnen sind, ist noch nicht bekannt.

Zwei Bauarbeiter tödlich abgehürt.

Hamborn. Bei dem Hospitalneubau in Hamborn kürzlich Donnerstag zwei junge Arbeiter bei Montierungsarbeiten von dem 40 Meter hohen Turm des Hauses tödlich ab.

Die „Los Angeles“ ohne Spur von den Fliegern.

Neunorf. Das Luftschiff „Los Angeles“, das gestern bei ausgezeichnetem Wetter aufgetrieben ist und sich augenblicklich auf der Höhe von Long Island befindet, wird die Suche nach den beiden französischen Fliegern bis Kanada ausdehnen. Bisher hat das Luftschiff keine Spur der Flieger entdeckt.

Kriegsfeuer auf dem Warschauer Ostbahnhof.

Warschau. Gestern morgen entstand in den mechanischen Werken und den Partanlagen des Warschauer Ostbahnhofs ein Feuer, das erst nach mehrstündiger Arbeit der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Dem Brande fielen drei große Bahnhofsverwaltungsgelände und 27 Personenwagen, eine Lokomotive und die Salonwagen des Staatspräsidenten wie des Warschauer Bischofs zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf 5 Millionen Zloty geschätzt.

Hungersnot im Karfilande.

Einer Morgenblättermeldung aus Beirut zufolge ist in vielen Bezirken der Herzogovina infolge der Kollage der Landwirtschaft Hungersnot ausgebrochen. Im Dorf Bajice sind drei Bauern Hungers gestorben. Auch in anderen Dörfern hat die Hungersnot solchen Umfang angenommen, daß viele Leute im Sterben liegen. Die Behörden haben die Regierung um Hilfe gebeten.